

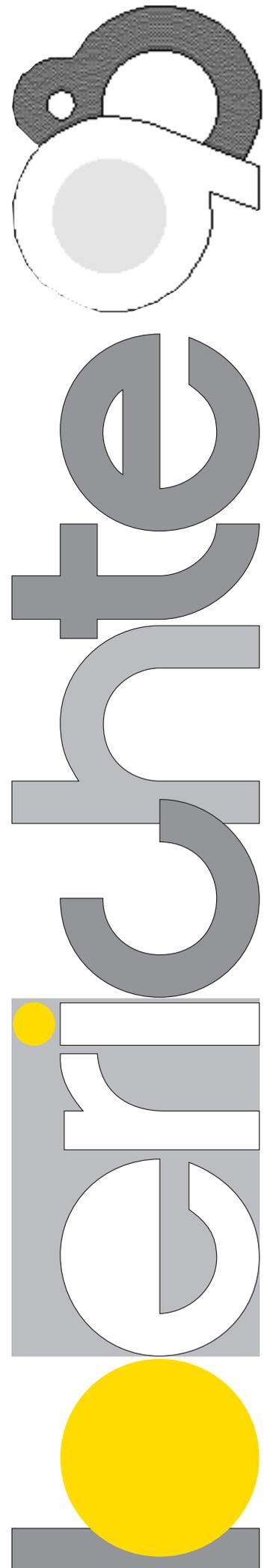


Deutsches Institut für Urbanistik

Inhalt:

- Stadtmarketing – eine kritische Zwischenbilanz 2
- Städtebauliche Leitbilder: Dokumentation und Auswertung einer Veranstaltungsreihe 6
- Neuerungen im Baugesetzbuch – Arbeitshilfe für die Praxis 8
- Seminarbegleitende Bibliographien 9
- Die zukünftige Stadt: kompakt, mobil, urban 10
- Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereichs in den neuen Bundesländern 11
- Kostenvorteile durch Umweltmanagement-Netzwerke 14
- 25 Jahre Deutsches Institut für Urbanistik 15
- Impressum 15
- Bestellschein 16

Forschung und Dienstleistungen für die deutschen Städte



Informationen über Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

Stadtmarketing – eine kritische Zwischenbilanz

Daß Stadtmarketing für die meisten Städte und Gemeinden ein ausgesprochen aktuelles Thema ist, zeigt sich daran, daß die kommunalen Stadtmarketing-Aktivitäten erst in den letzten Jahren richtig „angelaufen“ sind. Mehr als 80 Prozent der größeren Kommunen betreiben Stadtmarketing oder planen dies zumindest. Dies ergab eine umfangreiche Befragung zum Stadtmarketing in 240 deutschen Städten und Gemeinden. Eine Übersicht dieser Ergebnisse wurde in einer Aktuellen Information des Difu veröffentlicht, die im Februar 1996 erschienen ist.

Für die Konjunktur des Stadtmarketing lassen sich verschiedene Ursachen finden. Dazu gehören zum einen die seit Ende der 80er Jahre festzustellende Verstärkung ökonomischer Akzente in der Sichtweise von Stadt und zugleich der Bedeutungsgewinn kooperativer Ansätze und bürgerschaftlichen Engagements. Zum anderen haben sich auch auf der politischen Ebene die Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung verändert – Internationalisierung und Globalisierung sind nur zwei der inzwischen geläufigen Stichwörter. Städte spüren einen steigenden Handlungsdruck. Allerdings wächst die Diskrepanz zwischen den zunehmenden Handlungsanforderungen und den sinkenden Handlungsmöglichkeiten und -spielräumen. Spürbare finanzielle Engpässe, eine wachsende Städtekonkurrenz und – damit verbunden – auch ein schnelleres Aufnehmen von „Zeitgeisterscheinungen“ unterstützen ebenfalls diese Entwicklung.

Stadtmarketing als kooperative Stadtentwicklung

Mit „Stadtmarketing“ werden in der kommunalen Praxis sehr unterschiedliche Ansätze und Vorgehensweisen „etikettiert“. Zugleich gibt es beim Stadtmarketing sehr ähnliche Konzepte, die aber unterschiedlich bezeichnet werden. Mit der starken Verbreitung von Stadtmarketing in der kommunalen Praxis hat der Begriff daher nicht an Prägnanz oder Eindeutigkeit gewonnen, ganz im Gegenteil: Die begriffliche Unschärfe ist eher gewachsen.

In der Studie wird das Konzept eines umfassenden Stadtmarketing im wesentlichen als kooperative Stadtentwicklung verstanden. Diese Sichtweise ist – zumindest aus wissenschaftlicher Perspektive und Sicht der größeren Beratungsfirmen und -institutionen – auch wenig umstrit-

ten. Gleichwohl findet sich umfassendes Stadtmarketing in weniger als einem Zehntel der befragten Städte und Gemeinden, also maximal 20 Kommunen in Deutschland, wenn man auch diejenigen hinzurechnet, die nicht auf die Befragung geantwortet haben. Großstädte sind bis heute nicht darunter, denn dort ist umfassendes Stadtmarketing unter anderem aufgrund der Komplexität der Aufgaben und der Vielzahl der Akteure kaum umsetzbar.

Ein umfassendes Stadtmarketing zielt darauf ab, die Stadt und ihre Leistungen für Bürger, Wirtschaft und Auswärtige aufzuwerten. Versteht man die Stadt als Lebensraum, an dessen Gestaltung alle Gruppen vor Ort mitwirken, so ist es erforderlich und sinnvoll, sie auch in die Verantwortung einzubeziehen. Wichtig sind dabei Kooperation, Kommunikation, Nutzung von Kompetenzen sowie Engagement und Verantwortungsgefühl. Im Ergebnis könnte daraus eine langfristige Partnerschaft zwischen allen Akteuren entstehen, die zur Entwicklung und Umsetzung konkreter Projekte auf der Grundlage gemeinsam erarbeiteter Leitlinien und einer offensiven, konsensorientierten Diskussion von Zielkonflikten führt.

Die „Tauglichkeit“ des umfassenden Ansatzes bestätigt sich in der Praxis. Untersuchungen der Erfolge und Probleme mit Stadtmarketing in deutschen Städten zeigen, daß die Wahrscheinlichkeit, positive Effekte für Stadt, Bürger und Wirtschaft zu erreichen, bei umfassenden Konzepten wesentlich größer ist als bei eingeschränkten. Städte, die umfassendes Stadtmarketing betreiben, sind fast alle überdurchschnittlich zufrieden mit dem bisherigen Verlauf und den Erfolgen. Ein ganzheitlicher und konsequenter Ansatz scheint zu einer stärkeren Motivation der Beteiligten im Hinblick auf kontinuierliche und engagierte Mitarbeit zu führen sowie Klima und Kommunikationsformen in einer Stadt dauerhaft zu verbessern.

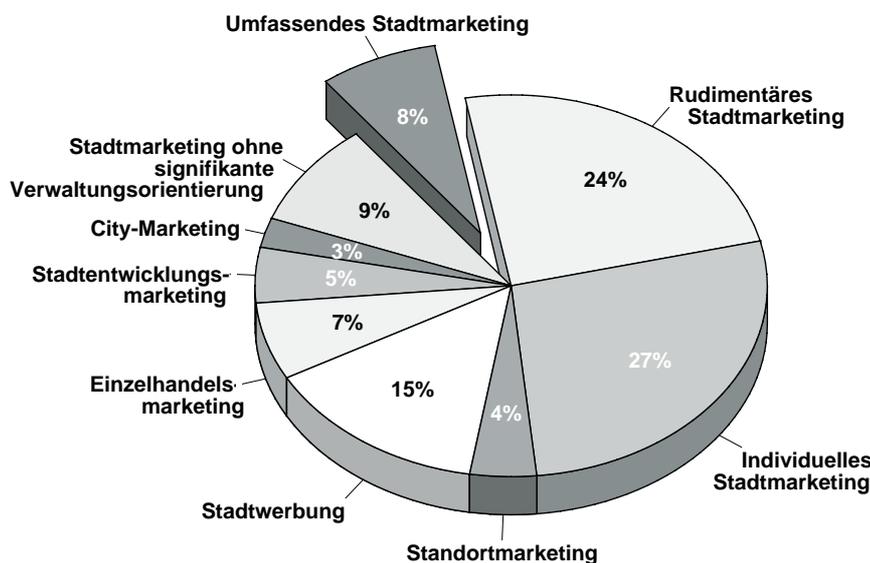
Das Puzzle „Stadtmarketing“

Umfassendes Stadtmarketing läßt sich als Puzzle darstellen, das aus zwölf Elementen besteht (siehe Seite 4):

- Beim Stadtmarketing wird eine Stadt als Ganzes betrachtet und der Schwerpunkt der Aktivitäten nicht ausschließlich auf die Innenstadt gelegt.

- Eine Stadt als Lebensraum wird nicht nur durch örtliche Verwaltung und Politik gestaltet, sondern ebenso durch ihre Einwohner, die lokale Wirtschaft oder auch durch Besucher. Stadtmarketing stellt daher die Gestaltung von Stadt als kooperativen Prozeß vieler Akteure dar.
- Verbesserungen am „Produkt Stadt“ und von städtischen Angeboten sowie eine ausgeprägte Dienstleistungsorientierung sind grundlegend für Stadtmarketing, das sich in der Ausrichtung der Aktivitäten an den Bedürfnissen von Bürgern, der Wirtschaft aber auch Besuchern orientiert.
- Dazu gehört außerdem die Ausrichtung der Verwaltungsorganisation an den Anforderungen der „Kunden“. In vielen Städten wird dies allerdings nicht als Bestandteil von Stadtmarketing verstanden, sondern als eigene große Aufgabe.
- Stadtmarketing sollte durch seine Aktivitäten verschiedene Zielgruppen ansprechen. Die Stadt muß sich in ihrer Entwicklung an den Bedürfnissen all derer orientieren, die in ihr wohnen, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen.
- Das Spektrum der Themen, die im Stadtmarketing aufgegriffen werden, ist breit gefächert. Es reicht von Wirtschaft und Einzelhandel über Stadtimage und Attraktivität der Stadt, Öffentlichkeitsarbeit und Werbung, Wohnen und Wohnumfeld, Verkehr, Kulturpolitik und Bildung, Soziales, Gesundheit und Sport bis hin zu Natur und Umwelt oder Fremdenverkehr.
- Ein Prozeß, der die Attraktivität der Stadt steigern soll, muß an den vorhandenen Defiziten, an besonderen Stärken und erfolgversprechenden Potentialen ansetzen. Mit Stärken-/Schwächen- oder Imageanalysen lassen sich Profile der Stadt in verschiedenen stadtprägenden Bereichen ermitteln.
- Zum Stadtmarketing gehört die Erarbeitung eines Leitbildes und/oder von Leitlinien, die den Weg deutlich machen, den die Stadt in den nächsten Jahren für ihre Entwicklung wählen will. Das Leitbild gibt Orientierungspunkte für Stadtpolitik, Stadtverwaltung, Unternehmen, Verbände usw.
- Aus den übergeordneten Zielen und Leitlinien sollen möglichst konkrete Projekte abgeleitet werden. Wichtig ist, daß Prioritäten gesetzt werden und eine Differenzierung nach kurzfristig, mittelfristig oder erst langfristig umzusetzenden Projekten erfolgt, die immer wieder auf ihre Wichtigkeit und damit die Reihenfolge hin untersucht werden.
- Projekte sollten realistische Umsetzungschancen haben. Projektmanagement mit Projektcontrolling ist daher ein wichtiges Element in der Umsetzung geplanter Maßnahmen. Die Projekte sollten kontinuierlich auf ihre Fortschritte, das Erreichen der angestrebten Ziele in einem festgelegten

Stadtmarketingtypen

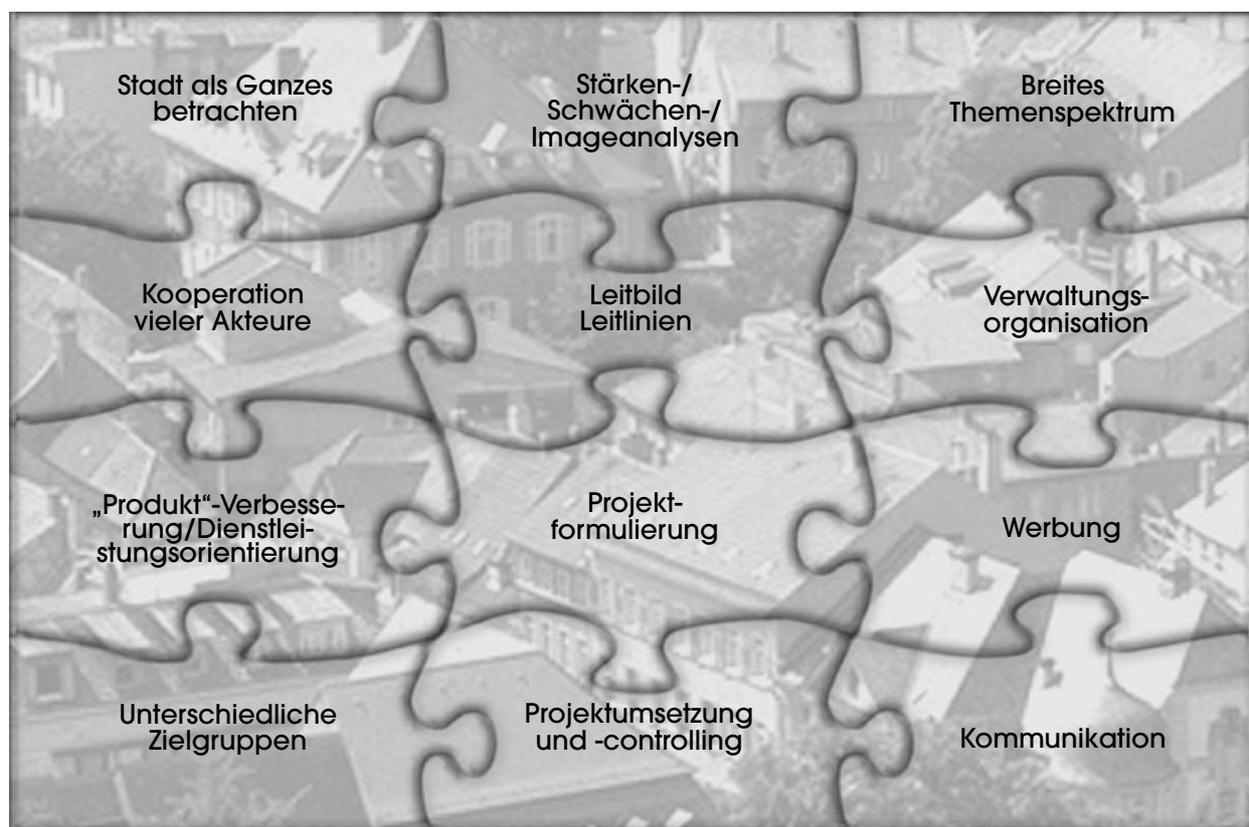


Quelle: Ergebnisse einer Umfrage bei 241 Städten und Gemeinden im Herbst 1995

Deutsches Institut für Urbanistik



Umfassendes Stadtmarketing



Graphik: R. A. Laube

Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik 

Zeithorizont und die Finanzierung hin geprüft und optimiert werden, um – falls erforderlich – frühzeitig und umfassend korrigiert werden zu können.

- Werbung für die Stadt, ihre Dienstleistungen und Qualitäten ist einer der zentralen Aspekte von Marketing. Es geht darum, in der Fülle der allgemein angebotenen Produkte und Dienstleistungen ein spezielles Profil zu gewinnen und Aufmerksamkeit auf das Produkt, in diesem Fall die Stadt, zu lenken. Ein häufig vernachlässigtes Element ist die Öffentlichkeitsarbeit „nach innen“, das heißt die Vermittlung des Anliegens und der Erfolge des Stadtmarketing an die Bürger und Unternehmen.
- Der wichtigste Erfolgsfaktor des Stadtmarketing ist eine funktionierende Kommunikation. Die „kommunikative Kompetenz“ einer Stadt ist ein Schlüsselfaktor der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und trägt zu einem positiven sozialen und wirt-

schaftlichen Klima entscheidend bei. Funktionierende Kommunikation ist aber nicht nur Erfolgsfaktor; sie ist gleichzeitig die elementare Voraussetzung nahezu aller Phasen des Stadtmarketing-Prozesses.

Viele Ansätze von Stadtmarketing in der kommunalen Praxis enthalten nur einen Teil der aufgeführten zwölf Elemente eines umfassenden Stadtmarketing. Vor allem Veränderungen in der Verwaltungsorganisation, beim Projektcontrolling oder auch die Erstellung eines Kommunikationskonzepts sind Elemente, die in vielen Städten fehlen.

Stadtmarketingtypen

Die verschiedenen Formen des Stadtmarketing, die sich seit seinen Anfängen in den Städten und Gemeinden entwickelt haben, lassen sich – je nach Vorhandensein oder Fehlen zentraler Elemente – typisieren. Die Typen lassen ein jeweils eigenes Grundverständnis von Stadtmarketing und entsprechender Herangehensweisen erkennen.

In der kommunalen Praxis findet man neben dem umfassenden Stadtmarketing unter anderem Citymarketing, Einzelhandelsmarketing, Stadtwerbung, Standortmarketing, Stadtentwicklungsmarketing (mit dem Schwerpunkt auf einzelnen Stadtentwicklungsmaßnahmen), Stadtmarketing ohne eindeutige Schwerpunkte („Individuelles Stadtmarketing“) und rudimentäres Stadtmarketing (bei dem nur sehr wenige Elemente eines umfassenden Ansatzes realisiert sind). Gerade die letzten beiden Typen sind in sehr vielen Städten zu finden. Häufig vertreten sind auch Stadtwerbung und Einzelhandelsmarketing, dagegen realisieren nur fünf der befragten Städte tatsächlich ein Citymarketing im Sinne eines umfassenden, innenstadtorientierten Ansatzes.

Erfolge und Probleme

Beim Stadtmarketing in der kommunalen Praxis wird eine Vielzahl von Problemen genannt. Das Spektrum der Schwierigkeiten reicht von unterschiedlichem Verständnis der Beteiligten über unzureichende Rahmenbedingungen bis hin zu Motivationsproblemen und jeweils im speziellen Ansatz angelegten „Konstruktionsfehlern“. Viele Probleme ähneln sich von Stadt zu Stadt; sie sind oft nicht nur typisch für Stadtmarketing, sondern liegen an grundsätzlichen Schwierigkeiten kooperativer Ansätze. Allerdings gibt es auch Unterschiede, die durch jeweils spezifische Vorgehensweisen und den gewählten „Typ“ des Stadtmarketing erklärt werden können.

Bei Beachtung einer Reihe von Voraussetzungen läßt sich möglichen Problemen jedoch zumindest bis zu einem bestimmten Grad vorbeugen. Zu diesen Voraussetzungen gehören unter anderem:

- eine professionelle, motivationsfördernde Gestaltung des Kommunikationsprozesses,
- die Einbeziehung von Beratern, wo sinnvoll, die Entwicklung eigener Kompetenzen, wo möglich,
- die Schaffung ausreichender personeller Kapazitäten, ausreichende Finanzierung und klare organisatorische Zuständigkeiten,
- eine angemessene Einbeziehung des Rates,
- begleitende Öffentlichkeitsarbeit und
- eine straffe zeitliche und ergebnisorientierte Steuerung.

Wichtig ist bei allen Aktivitäten nicht das „Etikett“ Stadtmarketing, obwohl es motivierende Wirkung haben kann.

Wichtig ist vielmehr, daß sich die Verantwortlichen bestimmte Kernaktivitäten und Sichtweisen zu eigen machen, die für die Städte und Gemeinden in der heutigen Zeit notwendiger denn je sind: Stärken-/Schwächen-Analysen, Kooperation und Kommunikation, Dienstleistungsorientierung und projektorientiertes Vorgehen.

„Stadtmarketing – eine kritische Zwischenbilanz“

Mit dem vorliegenden Endbericht zum Projekt, der in der Reihe Difu-Beiträge zur Stadtforschung erschienen ist, wird eine Zwischenbilanz der Stadtmarketingaktivitäten in Deutschland seit ihrem Beginn Mitte der 80er Jahre gezogen. Die Schwerpunkte sind:

- eine Bestandsaufnahme mit einer Typologie der bisherigen Ansätze,
- die Beschreibung eines umfassenden, kooperativen Stadtmarketingansatzes mit seinen „typischen“ Erfolgen und Problemen,
- die Sinnhaftigkeit des Begriffs Stadtmarketing („Der falsche Begriff für den richtigen Weg?“),
- Abgrenzungen, Überschneidungen, Ähnlichkeiten mit den „klassischen“ kommunalen Aufgaben (z.B. Wirtschaftsförderung, Stadtentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit) und mit anderen diskursiven, kooperativen Prozessen (z.B. „Runde Tische“, Lokale Agenda 21), Stadtmarketing als Querschnittsaufgabe,
- Grenzen und grundsätzliche Probleme des kooperativen Ansatzes.

Im weiteren wird auf Einzelaspekte näher eingegangen, beispielsweise

- Bürgerbeteiligung,
- die Einbeziehung des Rates,
- die Rolle externer Berater,
- die professionelle Gestaltung des Kommunikationsprozesses,
- einzelhandelsorientierte Maßnahmen und Regionalmarketing.

Eine umfangreiche Literaturübersicht, ein Kurzbericht über die Fallstudie Trier und Hinweise auf die Angebote von Beratungsunternehmen runden die Studie ab.

Weitere Informationen:
Dr. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
E-Mail: grabow@difu.de
Dipl.-Geogr.
Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/39001-293

Bestellung:
siehe Bestellschein

Städtebauliche Leitbilder

Dokumentation und Auswertung einer Veranstaltungsreihe

Das Buch ist im Karl Krämer Verlag, Stuttgart erschienen und kann über den Buchhandel bezogen werden.

Heidede Becker, Johann Jessen, Robert Sander (Hrsg.)
Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa
Stuttgart 1998 (520 S., ca. 1100 überwiegend farbige Abbildungen), DM 68,-
ISBN: 3-7828-1510-6

Die Difu-Zuwanderstädte erhalten ein kostenloses Exemplar vom Difu, das den jeweiligen Ansprechpartnern/-partnerinnen zugestellt wird.



Stadt der kurzen Wege, kompakte Stadt, solidarische Stadt, kritische Rekonstruktion, nachhaltige Siedlungsentwicklung: Seit einigen Jahren haben städtebauliche Leitbilder wieder Konjunktur. In Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung, wachsender Mobilität, ökologischer Krisen und sozialer Konflikte stehen Städtebau und Stadtplanung vor neuen Herausforderungen. Kontrovers diskutiert wird die Frage: Kann das Modell der europäischen Stadt heute noch Orientierung für Stadtpolitik und Stadtplanung bieten? Vielen gilt sie nach wie vor als Ort kultureller Vielfalt, sozialer Integration, technologischer Innovation und ökonomischer Dynamik; für andere hat sie diese Funktionen längst verloren und löst sich in die Region auf. Entsprechend unterscheiden sich die aktuellen Stadtkonzepte und die Vorstellungen darüber, was Planung heute leisten kann und soll.

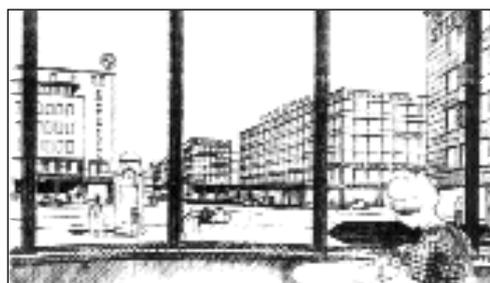
Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Heidede Becker
Telefon: 030/39001-298
Dipl.-Soz. Robert Sander
Telefon: 030/39001-267
E-Mail: sander@difu.de

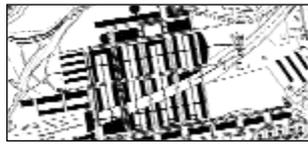
Noch vor etwa zehn Jahren hätte das Thema städtebauliche Leitbilder allenfalls In-

teresse als Beitrag zur Geschichte des modernen Städtebaus wecken können. Inzwischen gibt es kaum eine Stadt, die nicht einen großen neuen Stadtteil errichtet, ausgedehnte innerstädtische Brachen bebaut oder mit spektakulären Großprojekten auf sich aufmerksam zu machen versucht. Nahezu inflationär werden städtebauliche Leitbilder produziert. Das große Engagement der Planungspraxis und die höchst kontroversen Bewertungen von Leitbildern legten es nahe, die Frage nach ihrer Funktion und Leistungsfähigkeit einmal grundsätzlich zum Thema zu machen. Vor diesem Hintergrund veranstalteten das Deutsche Institut für Urbanistik und die Wüstenrot Stiftung im Sommer 1996 in Berlin eine Reihe von drei Expertenworkshops mit den Themen:

- Neue Stadtteile in Europa – Leitbilder,
 - Aktuelle Pläne und Projekte für Stadtentwicklung und Städtebau – Leitbildorientierungen in der Bundesrepublik Deutschland,
 - Planung und Umsetzung nutzungsverflichtener Stadtstrukturen
- sowie das öffentliche Symposium
- Perspektiven für das Städtische – zur Funktion und Bedeutung städtebaulicher Leitbilder in Deutschland und Europa.

Was dort an Stadtvisionen, städtebaulichen Entwürfen, Planungskonzepten, Erfahrungsberichten und kritischen Kommentaren von mehr als vierzig Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft vorgestellt wurde, ist mit dem Buch „Ohne Leitbild? Städtebau in Deutschland und Europa“ nun auch der weiteren (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich.





OHNE LEITBILD? STÄDTEBAU IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Inhaltsübersicht:

Vorbemerkungen

- Erich Bracher: Vorwort der Wüstenrot Stiftung • Heinrich Mäding: Vorwort des Deutschen Instituts für Urbanistik

Einführung

- Heidede Becker, Johann Jessen, Robert Sander: Auf der Suche nach Orientierung – das Wiederaufleben der Leitbildfrage im Städtebau

1

Leitbilder für die Stadt zwischen Konsens und Widerspruch

- Thomas Sieverts: Was leisten städtebauliche Leitbilder? • Detlev Ipsen: Moderne Stadt – was nun? • Marco Venturi: Leitbilder? Für welche Städte? • Jakob Maurer: Strategische und organisatorische Anforderungen zur Konkretisierung und Umsetzung von Leitbildern • Zukunft Stadt – leitbildorientiert oder nicht? Streitgespräch zwischen Manfred Birk, Hans Kollhoff, Willi Polte, Christiane Thalgot, Rudolf Schäfer und andere

2

Die Funktion von Bildern und Vermittlungsagenturen

- Dietmar Steiner: Visualisierung und Medialisierung von Leitbildern – Wie wird die Stadt verkauft? • Bernhard Schneider: Städtebauliche Leitbilder – Weltbilder, Trugbilder, Selbstbildnisse • Dirk Nishen: Die INFOBOX in Berlin – das erste Haus am Potsdamer Platz • Ulrich Schückhaus: Kooperative Leitbildentwicklung im Rahmen des Stadtmarketing

3

Leitbildorientierungen in Deutschland – Pläne und Projekte

- Peter Zlonicky: Städtebau in Deutschland – aktuelle Leitlinien • Volker Zahn: Leitbilder für Lübeck – Entwicklungsperspektiven für ein Weltkulturerbe • Béla Dören: Chemnitz – Leitlinien zur Entwicklung einer fragmentierten Stadt • Volker Hassemer: Große Städte im Umbruch – das Beispiel Berlin • Friedemann Kunst: Leitbilder für Berliner Teilräume – der „innovative Nordosten“ und die „Wissenschaftsstadt Adlershof“ • Jürgen Eppinger: Hannover – Weltausstellung und Stadtzukunft • Renate Fritz-Haendeler: Regionale Leitbildentwicklung in Brandenburg – ein Verständigungsprozeß

4

Funktionsmischung – ein umstrittenes Leitbild

- Hanns Werner Bonny: Funktionsmischung – zur Integration der Funktionen Wohnen und Arbeiten • Eckart Scharmer: Funktionsmischung – planungsrechtliche Durchsetzbarkeit und Möglichkeiten vertraglicher Vereinbarungen • Gerd Unger: Funktionsmischung zwischen Wunsch und Markt • Andreas Feldtkeller: Französisches Viertel in Tübingen – „Mischen Sie mit!“ • Uli Hellweg: Stadtbau auf historischem Grundriß – die neue Unterneustadt in Kassel • Dieter von Lüpke: Neuplanung und Umstrukturierung von Mischquartieren in Frankfurt am Main • Detlev Kniemeyer: Integration durch Funktionsmischung in Bremen • Dieter Polkowski: Hamburger Mischungserfahrungen: Stadterweiterungsprojekte in Billwerder-Allermöhe • Monica Schümer-Strucksberg: Berliner Großsiedlungen weiterentwickeln – von der Wohnstadt zur Werkstatt • Dieter Blase: Strategien für Mischnutzungen in einer alten Industrieregion

5

Leitbilder für neue Stadtteile in Europa

- Jürgen Rosemann: Leitbild oder Strategie? Zur Diskussion der städtebaulichen Planung in den Niederlanden • Kees Christiaanse: Schnittstelle zwischen Städtebau und Architektur – Projekte in Arnheim und Rotterdam • Ulf Ranhagen: Städtebau unter neuen Vorzeichen in Schweden • Walter Bor: Zurück zur Planung – große Projekte in London 1985 bis 1995 • Ursula Paravicini: Stadtbau durch öffentliche Räume – öffentliche Räume durch Stadtbau? Projekte im Pariser Osten • Donald van Damsik: Städtebauprojekte des Office for Metropolitan Architecture in Frankreich • Carl Fingerhuth: Neue Stadtteile in der Schweiz – Traditionslinien und Brüche • Jürg Sulzer: Der neue Stadtteil Bern-Brünnen • Raymond Rehniger: Ost-europäische Städte im Umbruch – soziale Probleme und planungspolitische Perspektiven

6

Ausblicke

- Heidede Becker: Städtebau zur Sprache bringen – Leitbildentwicklung und -umsetzung in Deutschland • Robert Sander: Funktionsmischung – ein Baustein für die zukunftsfähige Stadt • Johann Jessen: Stadtmodelle im europäischen Städtebau – Kompakte Stadt und Netz-Stadt

Anhang

- Programme des Symposiums und der Workshops • Auswahlbibliographie • Namensregister • Ortsregister • Verzeichnis der Abbildungen und Bildquellen

Neuerungen im Baugesetzbuch – Arbeitshilfe für die Praxis

Am 1. Januar 1998 ist das Bau- und Raumordnungsgesetz (BauROG) in Kraft getreten. Das Baugesetzbuch (BauGB) wurde damit geändert, das Maßnahmengesetz zum BauGB lief zu diesem Zeitpunkt aus und das Raumordnungsgesetz (ROG) erhielt eine völlig neue Fassung. Das Difu hat aus diesem Anlaß eine Arbeitshilfe herausgegeben, um die Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen und andere an dem Thema Interessierte mit den Neuregelungen vertraut zu machen. Bei der Kommentierung der einzelnen Regelungskomplexe wurden bereits die ersten praktischen Erfahrungen mit dem neuen Recht, die im Rahmen der im Herbst und Winter vom Difu durchgeführten Seminare zur Einführung in das neue Recht zu Tage traten, berücksichtigt. Zudem konnten die Ergebnisse des Praxistests aus dem Planspiel zur BauGB-Novelle (dokumentiert in Difu-Materialien 1/97) berücksichtigt werden. In der Arbeitshilfe sind zahlreiche, auch ins Detail gehende, praktische Tips und viele veranschaulichende Beispiele enthalten. Berücksichtigt ist die aktuelle Rechtsprechung und die wichtigsten Gerichtsentscheidungen. Darüber hinaus wird auf ausgewählte weiterführende Literatur hingewiesen.

Die Arbeitshilfe enthält Kommentierungen zu allen wesentlichen, von der Gesetzesnovelle betroffenen Regelungskomplexen.

Inhalt der Arbeitshilfe

- Grundsätze, Verfahren und Regelungen der Bauleitplanung
- Städtebaurechtliche Eingriffsregelung
- Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen
- Konsensuale Instrumente
- Teilungsgenehmigung, Vorkaufsrecht, Fremdenverkehrs- und Milieuschutzsatzungen
- Zulassung von Vorhaben
- Satzungen nach §§ 34 und 35 BauGB und Außenbereichsvorhaben

- Recht der Sanierungs- und städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen
- Unbeachtlichkeit und Heilung von Fehlern bei Bauleitplänen und anderen städtebaulichen Satzungen

Für die Bauleitplanung wird vor allem die Integration der planerischen Eingriffsregelung (früher § 8 a BNatSchG a.F.) in das BauGB voraussichtlich erhebliche Auswirkungen haben. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden wurden in diesem Zusammenhang erheblich erweitert. Ausgleich kann grundsätzlich auch an anderer Stelle und zwar auch in einer benachbarten Gemeinde erfolgen. Die Maßnahmen und Flächen zum Ausgleich müssen nicht festgesetzt werden, wenn sie Gegenstand eines städtebaulichen Vertrags sind oder wenn sie auf von der Gemeinde bereitgestellten Flächen durchgeführt werden sollen. Die Möglichkeit der Zuordnung und der Erhebung von Kostenerstattungsbeiträgen wurde auch für die Fälle des „planexternen“ Ausgleichs eröffnet. Die genannten Änderungen werden die Aufstellung von Bebauungsplänen in der Regel immer dann vereinfachen, wenn die Gemeinde ein Ausgleichskonzept – vorbereitend für die gesamte Gemeinde oder sogar gemeindegebietsübergreifend – entwickelt hat. Fehlt ein gesamtgemeindliches Ausgleichskonzept wird die Planbearbeitung und auch die Abwägungsentscheidung erheblich erschwert, denn die Abwägung kann nicht mehr darauf abstellen, daß in einem Plangebiet selbst kein vollständiger Ausgleich möglich ist. Grundsätzlich müssen alle Möglichkeiten zum Ausgleich – auch die außerhalb des Plangebietes – in die Abwägung eingestellt werden.

Die Bereitstellung der festgesetzten Flächen und die Umsetzung der Maßnahmen zum Ausgleich sind weitere wichtige Themen. Diesbezüglich gibt es vor allem Änderungen im Bereich des Umlegungsrechts, die allerdings im wesentlichen klarstellender Natur sind. Wie die Gemeinde unter den veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen zweckmäßig Flächen zum Ausgleich bereitstellen kann, wird in einem gesonderten Kapitel der Arbeits-



hilfe im Detail erläutert. Für die Kommentierung dieses Themas konnten mit Rainer Müller-Jökel und Lothar Hecker vom Vermessungsamt der Stadt Frankfurt/Main, zwei ausgewiesene Praktiker und Experten gewonnen werden. Das Kapitel zur Unbeachtlichkeit von Fehlern bei städtebaulichen Satzungen und Bauleitplänen und ihrer „Heilung“ wurde von Michael Schaber bearbeitet, der als Richter am Verfassungsgerichtshof Mannheim über Erfahrungen mit zahlreichen einschlägigen Fällen verfügt. Ein besonderes Augenmerk gilt auch den Vorschriften, die den Außenbereich betreffen, das heißt die Änderungen bei § 35 BauGB und bei den Satzungen nach § 34 Abs. 4 und 5 BauGB. Dieses Thema wurde von Petra Lau von der Forschungsgruppe Stadt + Dorf Prof. Dr. Rudolf Schäfer GmbH bearbeitet, die bereits bei der Durchführung des Planungsprojekts zur BauGB-Novelle beteiligt war.

Für die städtebauliche Praxis ist auch die Übernahme der Regelungen zum städtebaulichen Vertrag und zum Vorhaben- und Erschließungsplan in das BauGB von großer Bedeutung. Die Beteiligung Privater an der (kooperativen) Planung und Durchführung städtebaulicher Vorhaben wird damit in noch stärkerem Maße als bisher zum städtebaurechtlichen Regelinstrumentarium. In diesem Zusammenhang ist auch der neue § 4 b BauGB zu erwähnen. Dieser soll – in Erweiterung des bisher für zulässig gehaltenen Rahmens – auch die Übertragung der Durchführung von Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange auf einen Dritten ermöglichen, auch wenn Dritte nicht von der Gemeinde beauftragt sind. Damit soll auch die im amerikanischen Rechtsbereich angewendete Methode der Mediation durch einen unbeteiligten Projektmittler für die Bauleitplanung nutzbar gemacht werden.

Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Ass.-jur. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Seminarbegleitende Bibliographien

Neue Bibliographien zu vier Themenbereichen erschienen

Aus der neuen Difu-Reihe „Seminarbegleitende Bibliographien“, die zu verschiedenen Difu-Fortbildungsveranstaltungen erscheinen, sind im ersten Quartal 1998 folgende Titel erschienen:

- Seminar:
Interne Service- und Beratungsbereiche – Zukunft der Querschnittsämter? Vom 28. bis 30. Januar 1998. Recherche-Stichwörter: Verwaltungsmodernisierung und neues Steuerungsmodell bezogen auf Fachbereiche, Ämter und Dezernate; Personal- und Mitbestimmungsfragen; Politik und Stadtrat. 80 S., Schutzgebühr 30.– DM
- Konferenz:
Bürger – Politik – Verwaltungsreform. Am 12. und 13. März 1998. Recherche-Stichwörter: Verwaltungsmodernisierung und Kommunalpolitik, Rat, Vertretungskörperschaft; Berichtswesen,

Ratsinformationssystem; Bürgerbeteiligung, Bürgeramt, Bürgerforum. 88 S., Schutzgebühr 30.– DM

- Seminar:
Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts. Vom 16. bis 19. März 1998. Recherche-Stichwörter: Energierecht, Energiewirtschaftsrecht, Energiewirtschaft, Kommunale Unternehmen, Energieeinsparungen, Regenerative Energie, Klimaschutz und Energie. 86 S., Schutzgebühr 30.– DM
- Seminar:
Controlling. Vom 30. März bis 2. April 1998. Recherche-Stichwörter: Operatives und strategisches Controlling, Beteiligungs- und Finanzcontrolling; Controlling, allgemein; Budgetierung, Kosten-Leistungsrechnung; Berichtswesen. 93 S., Schutzgebühr 30.–DM

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing.
Heidrun Kunert-Schroth
Telefon: 030/39001-297

Bestellung:
siehe Bestellschein

Die zukünftige Stadt: kompakt, mobil, urban

Neue Difu-Studie über die Wechselwirkungen von Verkehr und Siedlungsentwicklung erschienen

Der Wunsch nach dem Wohnen im Eigenheim in grüner, ruhiger Lage ist ungebrochen und auch verständlich, da die Stadt in vielen Bereichen Wohnqualität vermissen läßt und die Flucht in das Stadtumland durch das eigene Auto, gute Straßen, „Eigenheimzulage“, „Kilometerpauschale“ und anderes erleichtert und sogar gefördert wird. Die Flucht ins Umland zerstört aber das, was man damit gewinnen will: die Nähe zur freien Natur. Je mehr das Stadtumland mit Eigenheimsiedlungen bebaut wird, desto weiter muß man fahren, um intakte Landschaft erleben zu können. Umgekehrt gilt, daß die immensen Störungen und Umweltbelastungen durch den Autoverkehr in der Stadt überwiegend eine direkte Folge dieser Stadtfucht sind und gleichermaßen zu neuer Stadtfucht führen.

Das Gegenmodell, eine nachhaltige Siedlungs- und Verkehrsentwicklung – kompakte und funktionsgemischte Städte, in denen Fußgänger- und Fahrradverkehr, die öffentlichen Verkehrsmittel und der notwendige Wirtschaftsverkehr Vorrang genießen –, wird zwar propagiert, ist aber in der praktischen Umsetzung bisher erst in Ansätzen realisiert worden.

Das Difu hat, gefördert durch das Umweltbundesamt Berlin, in ausgewählten europäischen Städten die Wechselwirkungen zwischen Siedlungsentwicklung und Verkehr untersucht.

Ergebnis dieser Studie ist, daß Städte, die mit Konzepten und Strategien dem Leitbild der kompakten Stadt und umweltschonenden Mobilität schon seit längerem folgen, nachweisbar erfolgreicher sind als andere. Im Vergleich mit durchschnittlichen westdeutschen Städten konnten sie ihre Einwohnerzahl stabilisieren oder sogar wieder erhöhen. Der spezifische Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist geringer. Stadt- und umweltverträgliche Mobilität mit Bahn, Bus, Fahrrad und zu Fuß spielt eine größere Rolle. Die Zahl der Autos, der Autofahrten und der zurückgelegten Pkw-Kilometer pro Einwohner ist geringer und damit auch die Umweltbelastung.

So umfaßt beispielsweise die durchschnittliche Siedlungsfläche (einschließlich Verkehrsfläche) der Stadtregion Bern 210 m² pro Einwohner gegenüber 260 bis 300 m² in vergleichbaren deutschen Städten. Auch der Pkw-Bestand ist mit rund 390 pro 1 000 Einwohner ebenfalls deut-

lich kleiner als in vergleichbaren deutschen Städten mit 450 bis 500 Pkw.

Aber auch in ökonomischer Hinsicht ergeben sich Vorteile einer Strategie „Kompakte Stadtstruktur und umweltschonende Mobilität“: Die Stadtzentren sind attraktiver, Kosten für die Infrastruktur (Straßen, Versorgungsleitungen usw.) geringer, die öffentlichen Verkehrsmittel werden besser ausgelastet und betrieben werden gute Standorte an Knotenpunkten des ÖPNV angeboten. Eine kompakte Stadtstruktur muß jedoch nicht trostlosen Massenwohnungsbau bedeuten. Im Gegenteil – es gibt viele Beispiele für alte und neue Stadtquartiere mit mittlerer bis hoher Bebauungsdichte, die wegen ihrer Wohnqualität allgemein geschätzt werden. Selbst Häuser mit kleinen Gärten lassen sich zu flächensparenden Bauungsformen gruppieren. Wichtige begleitende Maßnahmen sind die Aufwertung des Wohnumfeldes und der Straßenräume, grüne Höfe, Straßenbäume, Spielplätze sowie eine prinzipielle Verkehrsberuhigung und Reduzierung des Parkplatzangebots. Siedlungsstrukturelle Maßnahmen sind besonders wirksam in Verbindung mit verkehrspolitischen und organisatorischen Maßnahmen. Beim Zusammenwirken aller dieser Maßnahmen könnte langfristig eine Reduzierung des Pkw-Verkehrs von etwa 20 bis 30 Prozent erreicht werden.

Noch laufen die Trends der Siedlungsentwicklung in eine Richtung, die mit Sicherheit nicht nachhaltig ist. Eine Trendumkehr bedarf auch der Reform von übergeordneten – staatlichen – Rahmenbedingungen. Zu solchen reformbedürftigen Rahmenbedingungen gehören beispielsweise die Wohnungsbau- und Wohneigentumsförderung, Wirtschaftsförderung und regionale Strukturpolitik, die das Bauen in der Landschaft meist eher begünstigen als die Städtinnenentwicklung zu fördern. Der Bundesfernstraßenbau, die Stellplatzbauverpflichtung, die Kilometerpauschale und andere steuerliche Vergünstigungen stehen einer positiven Entwicklung eher entgegen. Zu den wichtigsten rahmensetzenden Reformvorhaben zur besseren Lenkung der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung gehört auch eine generelle Besteuerung des Ressourcenverbrauchs, wie zum Beispiel eine angemessene Steuer auf den Flächenverbrauch bisher unbebauter Landschaft und eine höhere Besteuerung des Energieverbrauchs.

Weitere Informationen:
Dr.-Ing. Dieter Apel
Telefon: 030/39001-260
Dipl.-Ing. Michael Lehm Brock
Telefon: 030/39001-252,
E-Mail: lehm Brock@difu.de

Umweltschutzausgaben des öffentlichen Bereichs in den neuen Bundesländern

Vorarbeiten zur geplanten Revision der amtlichen Statistik

Die Analyse der Umweltschutzausgaben sowohl des Staates als auch der übrigen Wirtschaftssubjekte, wie Unternehmen und private Haushalte, stellt einen wesentlichen Teil der „Umweltökonomischen Gesamtrechnung“ des Statistischen Bundesamtes dar. Diese Ausgaben und das dabei entstandene Umweltschutzvermögen werden bereits seit längerer Zeit in einer Satellitenrechnung zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die alten Bundesländer erfaßt. Inzwischen steht eine Revision dieser Rechnung an, da zum einen die neuen Bundesländer einbezogen werden sollen, zum anderen seit einigen Jahren neue Konzepte zu diesem Arbeitsfeld von den Vereinten Nationen und insbesondere dem Statistischen Amt der Europäischen Union entwickelt wurden, die eine Ausweitung der bisher ausgewiesenen Umweltschutzfelder erfordern.

Als Vorarbeit für diese Revision hatte das Difu bereits 1994 eine Studie mit dem Titel „Öffentliche Umweltschutzausgaben als Teil der Maßnahmen im Umweltschutz“ erarbeitet.

Vom Statistischen Bundesamt erhielt das Difu danach den Auftrag, eine vergleich-

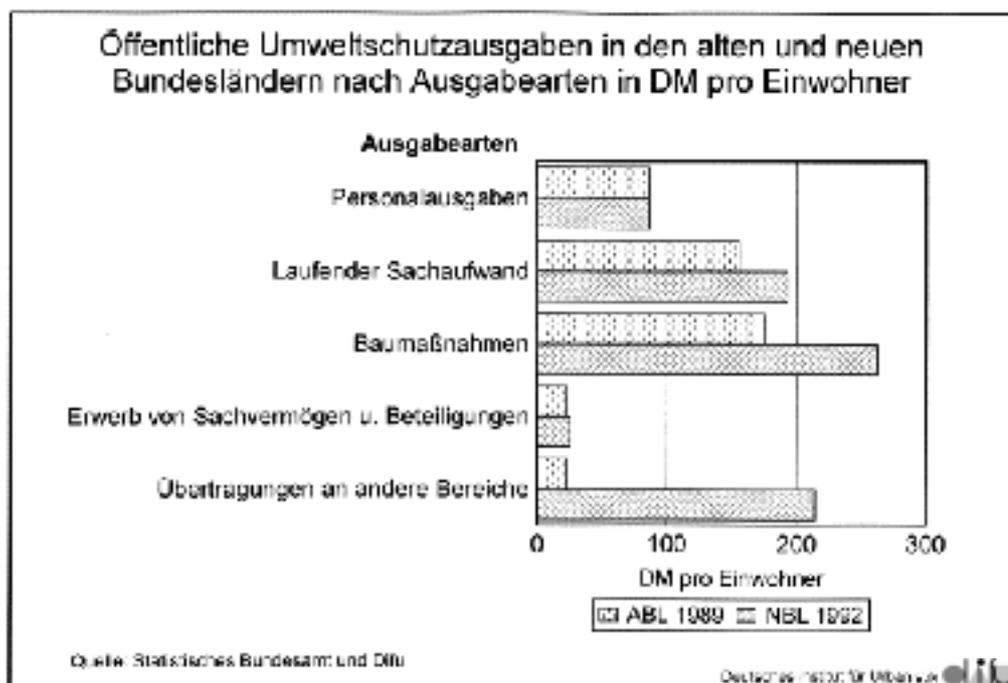
bare Studie für die neuen Bundesländer zu erstellen. Dabei standen zwei Fragen im Mittelpunkt:

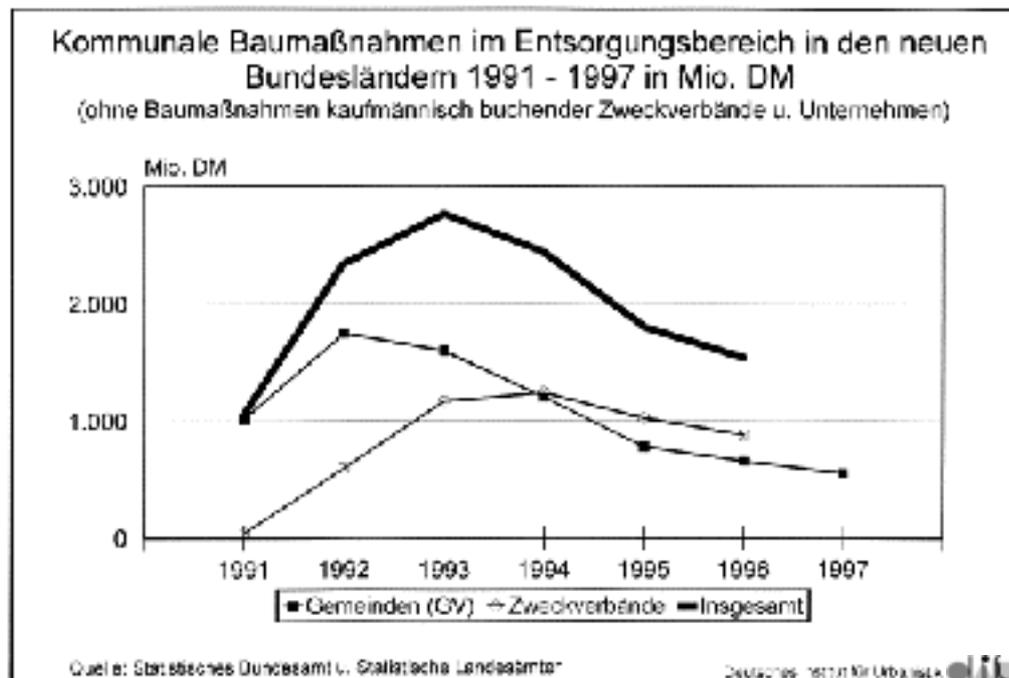
- Kann die bisher vom Statistischen Bundesamt durchgeführte Berechnung der Ausgaben für den Umweltschutz und die geplante Revision den besonderen Verhältnissen der neuen Länder gerecht werden oder bedarf es der Modifikationen?
- Ist es möglich, das Umweltschutzanlagevermögen der neuen Länder für Mitte 1990 zu schätzen und wenn ja, welche Höhe und Struktur besaß dieses Vermögen?

Methodische Fragen

Für das Jahr 1992, dem ersten Jahr, in dem eine qualitativ befriedigende Finanzstatistik vorhanden ist, wurden die Haushaltspläne des Bundes sowie der neuen Länder im Hinblick auf die getätigten Umweltschutzausgaben ausgewertet. Ergänzt wurden diese Daten durch Angaben aus der Finanzstatistik für die Gemeinden (GV) und kommunalen Zweckverbände. Bei den öffentlichen Entsorgungsunterneh-

Die Untersuchung enthält auch Grundlagenmaterial zur Berechnung des Umweltschutzanlagevermögens





men, die gleichfalls zum öffentlichen Bereich gezählt werden, gab es eine Umbruchsituation: Die alten, auf Bezirksebene organisierten Nachfolgegesellschaften der VEB Wasserversorgung und Abwasserversorgung waren 1992 noch aktiv, standen aber bereits vor ihrer Rekommunalisierung, das heißt ihrer Auflösung und Überführung in Zweckverbände oder städtische Eigenbetriebe. Der Umfang dieser Aktivitäten ließ sich daher nur mit Mühe statistisch belegen. Künftig wird hierfür die sogenannte Jahresabschlußstatistik der öffentlichen Unternehmen besseres statistisches Material liefern. Nicht einbezogen wurden der Bau und Betrieb von Entsorgungsanlagen durch private Unternehmen (Betreibermodelle u.ä.), für die erst eine eigene statistische Erfassung geschaffen werden muß.

Vergleich alte und neue Bundesländer

Die frühere Erhebung mit Daten für das Jahr 1989 ermöglicht nach einigen leichten Modifikationen einen Vergleich der öffentlichen Umweltschutzausgaben beider Teile Deutschlands. Dazu sind die absoluten Werte auf die Einwohnerzahl umgerechnet worden und nur für den öffentlichen Bereich insgesamt, also ohne Zahlungen zwischen den einzelnen Ebenen, verglichen worden. Sowohl hinsichtlich der Ausgabenhöhe und -struktur der einzelnen Ebenen, als auch hinsichtlich der Struktur der charakteristischen Aktivitäten zeigten sich signifikante Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands. So betragen die Umweltschutzausgaben in den neuen Ländern 1992 pro Einwohner 780 DM, in den alten Ländern 1989 jedoch nur 461 DM. Die Kommunen (26 Prozent)

und ihre Zweckverbände (fünf Prozent) gaben zwar am meisten für den Umweltschutz aus, ihr Anteil fiel aber deutlich geringer aus als im Westen, wo sie zusammen 1989 66 Prozent erreichten. Zum einen ist dieser Unterschied darauf zurückzuführen, daß der Bund (19 Prozent) und die Sozialversicherung (16 Prozent) in den neuen Bundesländern eine wesentlich bedeutsamere Rolle spielen als in den alten Bundesländern. Der Grund ist vor allem in der Finanzierung von Arbeitsförderungsmaßnahmen zu sehen, von denen ein beträchtlicher Teil der Umwelt zugute kommt, insbesondere dem Schutz des Bodens. Zum anderen wirkt sich hierbei noch der hohe Anteil der öffentlichen Entsorgungsunternehmen (23 Prozent) aus, die vor der Rekommunalisierung noch für den Bau und Betrieb der Anlagen zuständig waren.

Bei den Umweltschutzaktivitäten stand zwar in den neuen Ländern die Abwasserbeseitigung mit einem Anteil von knapp 40 Prozent und die Abfallbeseitigung mit einem Anteil von 19 Prozent im Vordergrund, durch die hohen Ausgaben für die Beseitigung von Altlasten (16 Prozent) war ihr Anteil aber merklich geringer als in den alten Bundesländern (vgl. Abb. S.13). Von Bedeutung waren darüber hinaus noch die Ausgaben für den Natur- und Landschaftsschutz (neun Prozent) und für die Verwaltung (acht Prozent). Bei den Ausgaben entfielen rund ein Drittel auf Baumaßnahmen, knapp ein Viertel auf den laufenden Sachaufwand, elf Prozent auf Personalausgaben und als Folge der Unterstützungsmaßnahmen knapp 28 Prozent auf Übertragungen (vgl. Abb. S. 11).

Weitere Entwicklung

Die Maßnahmen der öffentlichen Hand und der Privaten haben bereits zu nennenswerten Verbesserungen der Umweltsituation in den neuen Ländern geführt. Der Anschlußgrad der Bevölkerung an die Kanalisation stieg zum Beispiel von 1991 bis 1995 von 75 auf 80 Prozent, der Anschlußgrad an Kläranlagen konnte von 60 auf 70 Prozent verbessert werden und die wilden Deponien sind verschwunden. Im Vergleich zu 1992 sind die Ausgaben für den Umweltschutz inzwischen, soweit sie sich in den Haushalten der Kommunen und Zweckverbände niederschlagen, jedoch zurückgegangen. Dieser Vorgang wird vor allem von einem Rückgang der Baumaßnahmen verursacht, die nach einem Hoch im Jahre 1993 kontinuierlich rückläufig waren (vgl. Abbildung auf Seite 12). Darin spiegelt sich nicht nur die Verknappung der Zuweisungsmittel von Bund und Land wider, sondern auch ein zeitweiser Baustop in vielen Landkreisen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die gebauten und geplanten Anlagen teilweise überdimensioniert waren und zu sehr hohen Gebühren führen mußten.

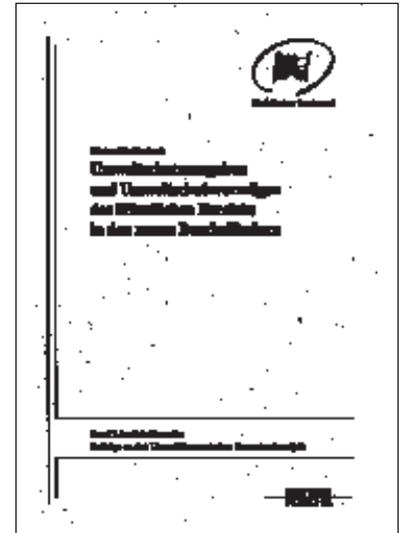
Bewertung des Kapitalstocks

Im zweiten Teil der Studie wurde eine Bestandsaufnahme des öffentlichen Bruttoumweltschutzvermögens zum Zeitpunkt Mitte 1990 in den neuen Ländern vorgenommen. Zwei Verfahren standen dabei zur Verfügung: zum einen die üblicherweise in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen angewendete Kumulationsmethode, zum anderen eine direkte Bewertung des Vermögensstandes. Ein sorgfältiger Vergleich der verfügbaren Daten

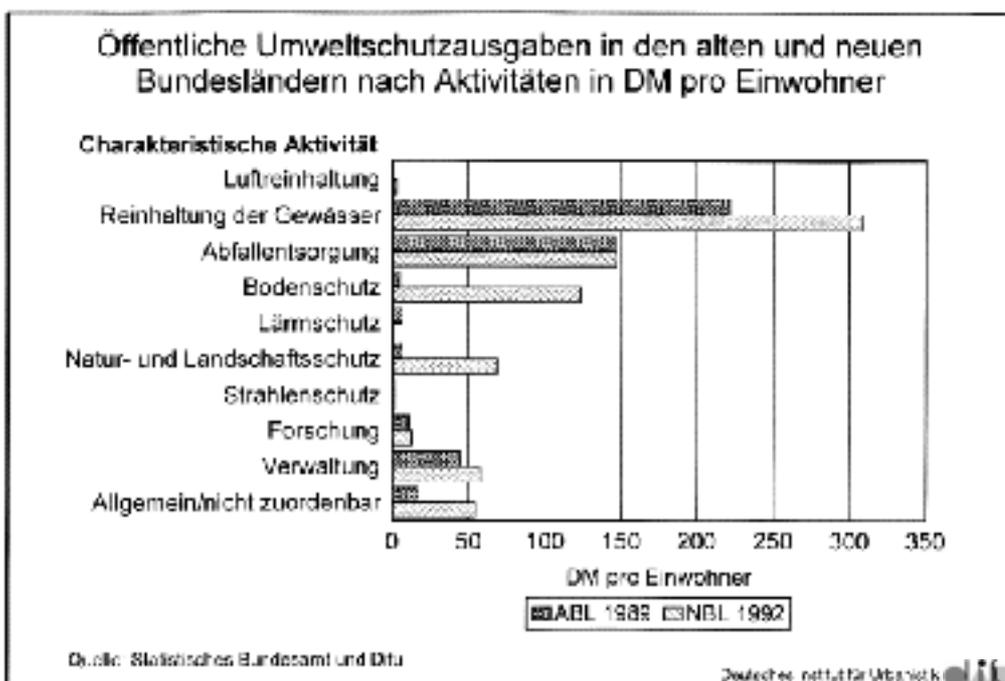
machte deutlich, daß nur die Kombination beider Methoden zu einem sinnvollen Ergebnis führen konnte. Das Niveau des vorhandenen Vermögens wird durch eine direkte Bewertung bestimmt, während die Entwicklung in der Vergangenheit an Hand der Investitionstätigkeit in etwa rekonstruiert werden kann. Dazu ist es nötig, bis weit in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückzugehen, da ein Teil der Kanalisation noch aus dieser Epoche stammt. Die Bewertung beschränkte sich vor allem auf die Bereiche Kanalisation, Kläranlagen, Deponien und Fahrzeuge der Müllabfuhr sowie der Straßenreinigung, während für die öffentlichen Anlagen der Luftreinhaltung und des Lärmschutzes, die auch in den alten Bundesländern nur eine geringe Rolle spielen, nur symbolische Werte angesetzt wurden. Das Bruttoanlagevermögen konnte auf etwas mehr als 30 Milliarden DM geschätzt werden, überwiegend bestand der Wert aus der kommunalen Kanalisation. Der Nettowert kann erst durch Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ermittelt werden.

Bestellung

Die Veröffentlichung „Umweltschutzausgaben und Umweltvermögen des öffentlichen Bereichs in den neuen Bundesländern“ ist als Band 3 der Schriftenreihe Beiträge zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes erschienen und bei der Verlagsauslieferung Herrmann Leins GmbH & Co. KG, Postfach 1152, 72125 Kusterdingen (Telefon: 07071/93 53 50 oder Telefax: 07071/336 53) zum Preis von 22,- DM unter der ISBN 3-8246-0537-6 zu beziehen.



Weitere Informationen:
Michael Reidenbach
Telefon: 030/39001-295
E-Mail: reidenbach@difu.de



Kostenvorteile durch Umweltmanagement-Netzwerke

Förderung von ökonomisch vorteilhaftem und regional nachhaltigem Wirtschaften

Das Deutsche Institut für Urbanistik ist Mitveranstalter beim Fachkongreß

Kostenvorteile durch Umweltmanagementnetzwerke

Kommunikation zwischen Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft zur Förderung von ökonomisch vorteilhaftem und regional nachhaltigem Wirtschaften

**Termin: 16. und 17. Juni 1998
Ort: Kongreßhaus
Stadthalle Heidelberg
Kostenbetrag: 580,- DM
B.A.U.M.-Mitglieder 420,- DM
bei Besuch nur eines Veranstaltungstages: 390,- DM**

**Weitere Informationen:
Frau Barbara Neef
IUWA Heidelberg e.V.
Tiergartenstr. 17
69121 Heidelberg
Telefon: 06221/487-678
Fax: 06221/487-683
E-Mail:
IUWA@compuserve.com**

Ein detailliertes Veranstaltungsprogramm wird auf Anfrage zugeschickt.

Das Deutsche Institut für Urbanistik führt zur Zeit das Projekt „Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik der Kommunen“ in Kooperation mit den Städten Dortmund, Heidelberg, Konstanz, Leipzig und Nürnberg durch. Ziel des Projekts ist es, die Ansatzpunkte, Instrumente, Chancen, aber auch die Probleme und Risiken einer umfassenden ökologischen, an „nachhaltiger Entwicklung“ orientierten Wirtschaftspolitik auf lokaler Ebene zu untersuchen und daraus Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis abzuleiten.

Daher beteiligt sich das Difu am Fachkongreß „Kostenvorteile durch Umweltmanagement-Netzwerke“, der von der Stadt Heidelberg gemeinsam mit weiteren Partnern ausgerichtet wird. Im Mittelpunkt des Kongresses steht die Frage der Möglichkeiten und konkreten Gestaltung von „Netzwerken“, einem Thema, das auch auf der kommunalen Ebene immer wichtiger wird.

Kooperationen zwischen sehr verschiedenartigen Interessenvertretern, sei es aus Kommunen, der Wirtschaft oder der Wissenschaft, gewinnen zunehmend an Bedeutung. Diese Netzwerke können zu Synergieeffekten führen, die vor allem im Umweltmanagementbereich in den letzten Jahren schon vieles bewegt haben. Gut ist, daß die Vielfalt dieser auch ökonomische Interessen einschließenden Netzwerkinitiativen zunimmt. Negativ ist allerdings, daß die informationelle Vernetzung zwischen den Einzelansätzen bislang äußerst bescheiden ist. Der dadurch nur beschränkte Austausch von Ideen, Konzepten und Erfahrungen erhöht die gesamtgesellschaftlich notwendigen Lernkosten, verhindert so vielfach die Realisierung bedeutenderer Umwelteffekte und erhöht das Risiko des Scheiterns für die Einzelinitiativen.

Der zweitägige Fachkongreß zielt darauf ab, den zur Förderung einer ökologisch verträglicheren Wirtschaftsweise notwendigen Erfahrungsaustausch zwischen Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft voranzutreiben.

Die Kongreßveranstaltung ist deshalb bewußt für Vertreter von Kommunen, Privat-

wirtschaft und Wissenschaft konzipiert, um durch diesen Dreiklang die für unsere Lebensumwelt notwendigen ressourcenschonenden Synergieeffekte zu erzielen.

Daß Ökologie und Ökonomie tatsächlich „Hand in Hand“ gehen können, wenn bestimmte Maßnahmen und Austauschprozesse in Gang gesetzt werden, beweisen einzelwirtschaftliche Ansätze genauso wie das zunehmende Interesse an regional und überregional tätigen Netzwerken, auch unter Mitgestaltung privatwirtschaftlich tätiger Unternehmen.

Dieses Leitmotiv zieht sich als „roter Faden“ durch den Fachkongreß: Stellvertretend für ein bereits über Jahre erfolgreich operierendes umweltorientiertes Unternehmensnetzwerk wird der B.A.U.M.-Geschäftsführer, Dr. Maximilian Gege, Rede und Antwort stehen. Karl Otto-Zimmermann, Europadirektor des International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI), wird mit Bezug auf die weltweite Koordinierung und Weiterentwicklung von „Lokale Agenda 21“-Ansätzen berichten, und ein führender Vertreter des europäischen Cleaner Production Networks (ERCP) beleuchtet aus seinem Blickwinkel Nachhaltigkeitsimpulse, die aus Netzwerkinitiativen zu beobachten sind.

In einem weiteren Kongreßteil stehen Beispiele für konkrete Projekte im Mittelpunkt, die sich durch die Kooperation verschiedenster Akteure entwickelten. So wird die „industrielle Symbiose“ Kalundborg (Dänemark) vorgestellt, die bereits im Rahmen der Rio-Konferenz von 1992 weltweit für Aufmerksamkeit sorgte. STIMULAR (Rotterdam) und ÖKOPROFIT (Graz) sind zwei weitere aus einem lokalen Kern heraus entwickelte und inzwischen expandierende Netzwerke, die vorgestellt werden. Zum Abschluß dieser Kongreßeinheit wird mit TAURUS (Trier) ein Netzwerkansatz präsentiert, bei dem die Akteure zur Förderung der Nachhaltigkeit regionale Kooperationsansätze in den Vordergrund stellen.

Die verschiedenen Ansätze zur Förderung regionaler Nachhaltigkeit werden anschließend auf der Ebene einzelner Unternehmen weiter konkretisiert. Für Unternehmen muß ökologieorientiertes Handeln

mit ökonomischen Vorteilen einhergehen, wenn es dauerhaft praktiziert werden soll. Die Darstellung umweltorientierter Verhaltensweisen und Erfolgspotentiale sind deshalb – auch vor dem Hintergrund betriebswirtschaftlich determinierter Effizienzvorstellungen und Rationalität – für die Realisierung von lokalen oder regional wirksamen Nachhaltigkeitsbeiträgen von herausragender Bedeutung.

Am zweiten Veranstaltungstag ist Gelegenheit, Netzwerkansätze vor Ort, im Rahmen von Firmenbesichtigungen, kennen-

zulernen. In Vorträgen und Diskussionen werden die kommunalen und regionalen Ansätze aus dem Rhein-Neckar-Raum sowie der Region Ulm vorgestellt und Instrumente beschrieben, die eine Kommune oder Wirtschaftsregion einsetzen kann, um umweltorientierte Netzwerke zu initiieren und aktiv zu fördern. Die abschließende Podiumsdiskussion unter der Leitung von Franz Alt soll noch einmal wesentliche Handlungsmuster herausfiltern und praktische Umsetzungsanregungen der Netzwerktagung zusammenführen.

25 Jahre Difu

Veranstaltung am 17./18. September 1998

1973-1998: Seit 25 Jahren vermittelt das Deutsche Institut für Urbanistik zwischen Wissenschaft und Praxis. Es beschafft Informationen und bereitet sie auf; es analysiert Entwicklungstrends und erarbeitet Problemlösungen – in Form von praxisorientierter Forschung, von Fortbildungsveranstaltungen, von Beratung und Informationsdienstleistungen. Es stellt seine gesamte Leistungspalette einzelnen Städten, insbesondere seinen mittlerweile rund 140 Mitgliedsstädten, zur Verfügung. Als Gemeinschaftseinrichtung der Städte ist es jedoch im Unterschied zu kommerziellen Beratungsunternehmen gehalten, so zu arbeiten, daß alle Städte daraus Nutzen ziehen können.

Konstanz und Wandel bestimmen die „Geschichte“ des Difu. Konstant geblieben sind die Orientierung an der kommunalen Praxis und die Überzeugung, daß es dabei stets das Gesamtspektrum kommunalen Handelns zu beachten gilt: die einzelnen Fachpolitiken ebenso wie die übergreifenden Ansätze der Stadtentwicklung; die Verwaltungsstrukturen ebenso wie die Prozeßabläufe; die Beziehungen zwischen den verschiedenen kommunalen Akteuren ebenso wie diese zwischen der Kommune und ihren Partnern in der Bürgerschaft, in der Region und bei staatlichen wie europäischen Institutionen; schließlich die instrumentellen Aspekte kommunalen Handelns ebenso wie die konzeptionellen. Unabhängig von sich oft rasch ändernden Konjunkturen bearbeitet das Difu zudem kontinuierlich Themenfelder wie Verkehr oder Bau- und Planungsrecht und beobachtet, in Fortführung früherer Orientierungen, andere solche Felder, wenn dort neue Nachfrage nach Leistungen des Instituts zu erwarten ist.

Mit den Veränderungen in den Städten hat sich das Difu aber auch selbst vielfach ge-

wandelt. Dies gilt für seine inneren Strukturen und Verfahren – etwa die Einrichtung eines eigenen Arbeitsbereichs für Umweltfragen oder die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien – ebenso wie für sein Leistungsangebot an die Kommunen. Hier folgt das Institut Problem- und Themenkonjunkturen in den Städten, indem es neue Fragestellungen in seinen Forschungsprojekten aufgreift – seit Beginn der neunziger Jahre etwa den IuK-Einsatz in den Städten, die Haushaltskonsolidierung oder die Verwaltungsmodernisierung. Wenn bestimmte Themenkonjunkturen oder einmalige Ereignisse wie die Wiedervereinigung es erfordern, weitet das Institut sein Fortbildungsangebot erheblich aus. Auf spezifische Nachfragen entwickelt es auch neue Dienstleistungsformen – wie in jüngster Zeit etwa die Durchführung von kommunalen Wettbewerben im Auftrage Dritter, die Verbreitung von Informationen per Internet (das Difu-Angebot umfaßt hier mittlerweile über 1 100 Seiten) oder die CD-ROM „URBADISC“, welche den Interessenten neben Datenbanken aus Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien auch eine der Difu-Datenbanken zugänglich macht.

Das Difu wird am 17./18. September 1998 in Berlin eine Veranstaltung zu seinem 25-jährigen Jubiläum durchführen, welche der Zukunft der Städte gewidmet ist. Aus Sicht der verschiedenen Fachdisziplinen sollen hierzu am Nachmittag des 17. September renommierte Wissenschaftler und erfahrene Praktiker in diskursiver Auseinandersetzung konkrete Utopien entwerfen. Diese gilt es dann am folgenden Vormittag in Arbeitsgruppen, nach entsprechenden Impulsreferaten, zu vertiefen und handlungsorientiert aufzubereiten.

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion und Layout

Albrecht Heil
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

DTP

Rolando A. Laube
Eva Hernández

Pressestelle

Telefon: 0 30/ 390 01-208/209
Telefax: 0 30/ 390 01-130
E-Mail: pressestelle@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Druck

Alb. Sayffaerth –
Emil Lothar Krohn

Abdruck

Frei – Belegexemplar(e) erbeten

Die „Berichte“ werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Anmeldungen:

Cornelia Schmidt,
Telefon: 030/39001-208
Telefax: 030/39001-130

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

- __Expl. **Entscheidungsfelder städtischer Zukunft**
von Dietrich Henckel u.a.
1997. Bd. 90. 355 S., 56 Abb., 11 Tab.,
2 Übers., DM 78,-, ISBN 3-17-015037-5
Difu-Neuerscheinung im Verlag W. Kohlhammer
! Bestellungen beim Verlag
● Telefon: 0711/78 63-280
● Telefax: 0711/78 63-430

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- __Expl. **Stadtmarketing – eine kritische Zwischenbilanz**
von Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig
1998. 218 S., 36 Abb., 4 Tab., 10 Übers.
DM 52,-, ISBN 3-88118-252-7
- __Expl. **Kompakt, mobil, urban: Stadtentwicklungskonzepte zur Verkehrsvermeidung im internationalen Vergleich**
von Dieter Apel, Michael Lehmbrock u.a.
1997. Bd. 24. 491 S., 91 Abb., 112 Tab., 11 Übers.
DM 84,-, ISBN 3-88118-234-9
- __Expl. **Public Private Partnership im Städtebau**
Erfahrungen aus der kommunalen Praxis –
Acht Fallbeispiele aus nordrheinwestfälischen Städten
von Werner Heinz, Carola Scholz
1996. Bd. 23. 275 S., 30 Abb., 5 Tab., 10 Übers.,
Anhang; DM 58,-, ISBN 3-88118-218-7

Umweltberatung für Kommunen

- __Expl. **Kommunales Energiemanagement**
Einführung und Wegweiser zu Adressen,
Zeitschriften, Literatur
1998. 217 S., 14 Abb., 14 Tab., 6 Übers.
DM 36,- (DM 20,- für Kommunen NBL)
ISBN 3-88118-253-5
- __Expl. **Städte auf dem Weg zur Lokalen Agenda 21**
Dokumentation des 2. Erfahrungsaustauschs
beim Deutschen Institut für Urbanistik am
24. und 25. April 1997 in Berlin
Hrsg. von Cornelia Rösler
1997. 109 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-244-6
- __Expl. **Entlastung des Kommunalhaushalts durch Energiesparen**
Dokumentation des 2. Deutschen Fachkongresses
der kommunalen Energiebeauftragten
Hrsg. von Annett Fischer, Carlo Kallen
1997. 154 S., 20 Workshop-Beiträge,
Schutzgebühr DM 40,-, ISBN 3-88118-240-3

Materialien

- __Expl. **Stadtprobleme 1997 aus Bürger- und Verwaltungssicht**
Ergebnisse der kommunalen Umfrageforschung und
der Difu-Befragung beim Panel der Stadtentwickler
Bearb. von Michael Bretschneider
Bd. 7/97. 109 S., Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-248-9
- __Expl. **EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden**
Ergebnisse einer Difu-Umfrage
von Thomas Franke, Werner Heinz
Bd. 6/97. 82 S., Schutzgebühr DM 30,-
ISBN 3-88118-245-4
- __Expl. **Die Mitarbeiterbefragung in der Kommunalverwaltung**
Eine Methodenanalyse von Praxisbeispielen
von Michael Bretschneider
Bd. 5/97. 144 S., Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-238-1

Arbeitshilfen

- __Expl. **Neuerungen im Baugesetzbuch 1998 – kommentiert für die Praxis**
(Arbeitshilfe Städtebaurecht)
von Arno Bunzel u.a.
1998, 186 S., mit Tips, Beispielen und Hinweisen
zu Urteilen sowie Literatur
Schutzgebühr DM 52,-, ISBN 3-88118-250-0

Aktuelle Information

- __Expl. **Kommunales Handlungsfeld „JuK und neue Medien“**
von Busso Grabow, Erwin Riedmann
1998. ca. 16 S., Schutzgebühr DM 10,-
- __Expl. **Entwicklungsperspektiven für die Stadt – Trends und Chancen**
von Heinrich Mäding
1997. 12 S., Schutzgebühr DM 10,-
- __Expl. **Städte im Netz**
Elektronische Bürger-, Stadt- und Wirtschafts-
informationssysteme der Kommunen
von Holger Floeting, Steffi Gaevert u.a.
1997. 16 S., Schutzgebühr DM 10,-

Seminarbegleitende Bibliographien

- | | |
|---|---------|
| <input type="checkbox"/> Interne Service- und Beratungsbereiche – Zukunft der Querschnittsämter | DM 30,- |
| <input type="checkbox"/> Bürger – Politik – Verwaltungsreform | DM 30,- |
| <input type="checkbox"/> Energierechtsreform und kommunale Energiepolitik | DM 30,- |
| <input type="checkbox"/> Controlling – Budgetierung – Berichtswesen | DM 30,- |

Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis aller lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei).

Vorname und Name: _____

Dienststelle: _____

Adresse: _____

Telefon/Telefax/E-Mail: _____

Datum/Unterschrift/Stempel: _____